



## **ASIEN/IRAN - Apostasia: Christlicher Pastor freigelassen, Gesetzesrevision dringend notwendig**

Teheran (Fidesdienst) – Der wegen „Abfall vom Glauben“ (Apostasia) zum Tode verurteilte christliche Pastor Yousef Nadarkhani wurde freigelassen. Das Oberste Gericht verurteilte ihn jedoch wegen „Evangelisierung unter Muslimen“ zu einer dreijährigen Haftstrafe, die mit der Untersuchungshaft abgegolten ist.

„Wir freuen uns über den positiven Ausgang der Geschichte des Pastors. Die internationale Druckausübung im Zusammenhang mit diesem Fall spielte dabei eine große Rolle“, so der Sprecher der Nichtregierungsorganisation „Iran Human Rights“, Mahmood Amiry-Moghaddam, zum Fidesdienst. Dank der internationalen Mobilisierung, in deren Rahmen sich zum Beispiel zum Beispiel 3 Millionen einer Initiative in den social networks anschlossen, gelang es die Freilassung des Pastors zu erwirken und damit sein Leben zu retten, doch so Mahmood Amiry Moghadam, „es gibt viele andere Fälle, für die sich kaum jemand interessiert: man riskiert also aus Gründen der Gewissensfreiheit den Tod. Der internationale Druck muss auch künftig ausgeübt werden, damit das entsprechende Gesetz geändert wird: die freie Wahl des Religionswechsels ist eine sehr intime Angelegenheit, die das Gewissen eines jeden Einzelnen berührt, und dies darf nicht als Verbrechen betrachtet werden“.

Yousef Nadarkhani war in seiner Heimatstadt Rasht im Jahr 2009 festgenommen und 2010 wegen „Abfalls vom Glauben“ zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde 2011 vom Obersten Gericht bestätigt. Wie die Nichtregierungsorganisation Christian Solidarity Worldwide (CSW) betont, „darf man hunderte verfolgte und zu Unrecht wegen ihres Glaubens im Iran inhaftierte Menschen nicht vergessen“. Deshalb müsse man sich für eine Kampagne der Religionsfreiheit im Land stark machen-

Wie Beobachter dem Fidesdienst berichten ist auch der Fall des iranischen Pastors Behanam Irani sehr dringlich. Er riskiert ebenfalls die Todesstrafe wegen Apostasia. Der Pastor ist schwer krank und braucht dringend medizinische Behandlung, die ihm bisher verweigert wurde. (PA) (Fidesdienst, 10/09/2012)